

Niederschrift über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Stadtrates

Sitzungstermin:	Mittwoch, 20.03.2024
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	18:40 Uhr
Ort, Raum:	Festsaal des Rathauses

Auf Einladung vom 13.03.2024 versammelt sich der Stadtrat um 17:00 Uhr zur anberaumten Sitzung. Ort, Zeit und Tagesordnung waren mit Ablauf des 13.03.2024 öffentlich bekannt gemacht.

Anwesend sind:

Herr Christian Jung	Vorsitzender	
Herr Peter Bickelmann	SPD	
Herr Dr. Alexander Götzinger	SPD	
Frau Laura Sophie Ketzler	SPD	
Frau Monika Pacem	SPD	
Frau Doris Sebastian	SPD	
Frau Tanja Sebastian	SPD	
Herr Günter Struttmann	SPD	
Frau Stephanie Struttmann	SPD	
Herr Jörn Walter	SPD	
Herr Jochen Donnevert	CDU	
Herr Gregor Grauthoff	CDU	
Herr Daniel Jung	CDU	
Frau Elisabeth Junk	CDU	
Frau Gerlinde Plein-Erdmann	CDU	
Frau Jacqueline Reimann-Jung	CDU	
Herr Sascha Veith	CDU	
Herr Bernhard Vinzent	CDU	
Frau Elsa Wainer	CDU	ab 17:03 Uhr, TOP 1
Herr Peter Ladwein	AfD	
Herr Gerd Schon	AfD	
Frau Heidemarie Schon	AfD	
Frau Nicole Hofmann	Grüne	ab 17:03 Uhr, TOP 1
Herr Dr. Horst-Henning Jank	Grüne	
Frau Grit Salomon	Grüne	
Herr Roland Eckstein	Linke	
Herr Peter Jung	Linke	
Herr Stephan Kohl	Linke	
Herr Jürgen Trenz	Linke	
Frau Nadine Klein	Bürger für Friedrichsthal	
Frau Karoline Wohlfahrt	Bürger für Friedrichsthal	
Frau Vanessa Bock		Verwaltung
Herr Alexander Dittgen		Verwaltung
Frau Kathrin Leonhardt		Verwaltung
Frau Tina Schmidt		Verwaltung
Herr Sven Siegler		Verwaltung
Frau Hildegard Stillemunke		Verwaltung
Frau Astrid Wagner		Verwaltung

Nicht anwesend sind:

Herr Hans Dieter Maier	AfD
Herr Harald Hauch	Grüne

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Beschlussfassung über evtl. Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift vom 22.02.24
- 3 Investitionsprogramm für die Jahre 2024-2028
Vorlage: VO/3133/24/2
- 4 Doppelhaushalt der Stadt Friedrichsthal für die Jahre 2024/2025
Vorlage: VO/3134/24/2
- 5 Antrag auf Zuweisungen nach § 11 des Gesetzes über den Saarlandpakt für das Jahr 2024
Vorlage: VO/3135/24
- 6 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; hier: Einlegung von Rechtsmitteln
Vorlage: VO/3154/24/1
- 7 Einrichtung einer E-Bike-Ladestation zur Förderung umweltfreundlicher Mobilität
Vorlage: VO/3155/24
- 8 Breitbandportal ego-Saar
Vorlage: VO/3156/24
- 9 Mitteilungen und Anfragen (Verschiedenes)

Nichtöffentlicher Teil

- 10 Beschlussfassung über evtl. Einwendungen gegen den nicht öffentlichen Teil der Niederschrift vom 22.02.24
- 11 Personalangelegenheiten Nachpersonalisierung Fachbereich II – Finanzdienste
Sachbearbeitung u. stellv. Fachbereichsleitung
Vorlage: VO/3132/24/2
- 12 Mitteilungen und Anfragen (Verschiedenes)

Bürgermeister Jung eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr, begrüßt die anwesende interessierte Öffentlichkeit und die Pressevertreter und stellt fest, dass die Einladung ordnungsgemäß und fristgerecht erfolgte und dass Beschlussfähigkeit besteht.

Der Tagesordnungspunkt „Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Einlegung von Rechtsmitteln“ wird einstimmig in den öffentlichen Teil der Tagesordnung verschoben (neuer TOP 6).

Es wird sodann beraten und beschlossen was folgt.

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Einwohnerfragestunde

Herr Eigner, ein Bürger der Stadt meldet sich zu Wort, um seinen Unmut über die Errichtung des „neuen Containerdorfes“ kund zu tun. Auch die Übernahme der Kosten durch das Land wird von ihm gefordert.

Der Vorsitzende geht auf bereits gestellte Anträge ein und erklärt, dass eine Kostenübernahme (zumindest teilweise) durch das Land zugesagt wurde.

zu 2 Beschlussfassung über evtl. Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift vom 22.02.24

Der Vorsitzende benennt vorab 2 verwaltungsseitige Korrekturen: Bei der Listung der anwesenden Ratsmitglieder werde „Andreas Lauck“ gestrichen und zum Tagesordnungspunkt „Verpflichtung eines neuen Ratsmitgliedes“ werde der Name „Stephanie Struttman“ ergänzt (TOP 3).

Herr Jung, CDU, erbittet eine Kontrolle des Abstimmungsergebnisses bei TOP 17. Er glaubt nicht, dass – wie niedergeschrieben – der Antrag, sich für die Errichtung einer neuen Ampelanlage sowie eines Fußgängerüberwegs in der Saarbrücker Straße und einer weiteren Ampelanlage in der Grubenstraße einzusetzen, abgelehnt wurde.

Der Vorsitzende sagt eine Prüfung der Mitschriften zu und man einigt sich auf eine Vertagung der Annahme des öffentlichen Teils der Niederschrift in die nächste Ratssitzung.

- Im Nachgang zur Sitzung hat sich Folgendes ergeben: Es wurden versehentlich Gegenstimmen und Enthaltungen vertauscht. Der Antrag wurde nicht mit 17 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen (bei 7 Stimmen dafür) abgelehnt, sondern mit 4 Gegenstimmen und 17 Enthaltungen (bei 7 Stimmen dafür) angenommen. -

zu 3 Investitionsprogramm für die Jahre 2024-2028 Vorlage: VO/3133/24/2

Der Vorsitzende teilt mit, dass es eine Zusage einer Bezuschussung der veranschlagten 170 T. € i. H. v. 75% seitens des Regionalverbandes gebe. Auf Nachfrage von Herrn Jung, LINKE, erklärt der Vorsitzende, dass die Bezuschussung für die Erschließung der Fläche, nicht für die Container-Beschaffung vorgesehen sei.

Herr Jung, CDU, erfragt die Zuweisungsquote für Friedrichsthal und den momentanen Belegungsstand der Container. Er fragt außerdem nach weiteren aktuellen Zuweisungen.

Frau Bock, Verwaltung, berichtet von derzeit 30 Personen in Containern und weiteren 6, die im Hotel „Di Lorenzo“ untergebracht werden konnten.

Sie erklärt, dass sich die Zuweisungszahl anhand der Einwohnerzahl errechne – bei 15%, die dem Regionalverband zugewiesen werden, ergebe dies eine Zahl von 6,688 % für Friedrichsthal.

Obwohl wir derzeit ein „Minus von 13 Personen“ verzeichnen, verzichtet der Regionalverband momentan auf weitere Zuweisungen an Friedrichsthal, weil man die akute Wohnraum-Problematik vorgetragen habe.

Frau Klein, BFF, hofft, dass sich die Zusage einer Kostenübernahme dieses Mal bewahrheitet. Sie bemängelt den Abbau der Container ins Ens Dorf, während an anderer Stelle Geld für die Errichtung neuer Container bereitgestellt werden müsse – in jedem Fall werde das Geld des Steuerzahlers ausgegeben.

Auf Nachfrage von Herrn Jung, CDU, erläutert der Vorsitzende die damals übernommenen Kosten – von den geleisteten 500 T. € seien bedauerlicher Weise nur 300 T. € erstattet worden.

Herr Jung zeigt die Nicht-Beachtung des Konnexitätsprinzips auf – wer „bestellt“, sei demzufolge auch in der Zahlungspflicht. Herr Jung findet es befremdlich, dass der Rat - auch wenn es sich um eine Auftragsangelegenheit handle - an dieser Stelle kein Mitspracherecht haben soll.

Der Vorsitzende verliest ein der Thematik ähnliches Gerichtsurteil (*VG Minden, Beschluss vom 17.05.2018 – 2 L 300/18*), er sagt Herrn Jung eine Übersendung zu.

Herr Jung, CDU, beantragt im Namen seiner Fraktion eine Änderung im Investitionsprogramm: Die vorgenannten 170 T. € sollen ausschließlich zur Beschaffung von WohnGEBÄUDEN bereitgestellt werden. Die Gelder sollen weder zur Beschaffung von Containern noch zur erneuten Hallenbelegung verwandt werden. Außerdem soll eine Erstattung der Mittel beantragt werden. Er zeigt sich erfreut, dass durch das Intervenieren seiner Fraktion vorerst keine weiteren Zwangszuweisungen an die Stadt Friedrichsthal erfolgen.

Der Vorsitzende weist auf die grundsätzliche Pflicht (Auftragsangelegenheit) zur Flüchtlingsunterbringung hin, die Schonphase des Regionalverbandes werde nicht ewig anhalten.

Herr Trezn, LINKE, bedauert, dass die kommunale Selbstverwaltung nicht so ernst wie beispielsweise in Bayern genommen werde. Er spricht sich ebenfalls deutlich gegen eine erneute Hallenbelegung aus, solchen Maßnahmen werde künftig nicht mehr zugestimmt werden – der dauerhaft notwendige Einsatz eines Sicherheitsdienstes habe deutlich aufgezeigt, dass diese Art der Unterbringung nicht sinnvoll war. Ebenso findet er ein weiteres „Containerdorf“ nicht geeignet – er zeigt beispielhaft die Vermeidung der Ghettoisierung in Dänemark auf. Herr Trezn hofft auf weitere Einsprüche anderer Gemeinden ohne gleich in einer „bestimmten Ecke“ zu stehen.

Herr Walter, SPD, stimmt dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu. Er zeigt sich verärgert über die Umlegung der Kosten vom Land auf die Städte. Zu gegebener Zeit sei über die weitere Vorgehensweise zur Wohnraumschaffung zu beschließen.

Frau Klein, BFF, stimmt sowohl ihren Vorrednern als auch dem CDU-Antrag zu.

Herr Dr. Jank, Grüne, bedauert, dass es nötig war, die Grünfläche in der Grubenstraße zu roden.

Er spricht sich prioritär für die Schaffung von Wohnraum aus, werde alternativ aber auch für die Anschaffung neuer Container stimmen – diese seien nicht menschenunwürdig, notfalls könnten Menschen durchaus darin leben. Er zeigt auf, dass die Erledigung dieser Auftragsangelegenheit nicht dauerhaft aufgeschoben werden könne.

Herr Schon, AFD, spricht ein Lob an Vorsitzenden für seinen Einsatz aus. Wenngleich die kurzzeitige Zuweisungspause nur eine vorübergehende Lösung sei. Seine Fraktion schließt sich dem Änderungsantrag der CDU an. Mehrere Gemeinden sollten sich zur Wehr setzen – der Bürgermeister könne nicht zwangsweise eine Maßnahme durchführen müssen, die weder Bürger noch Stadtrat befürworten.

Herr Jung, CDU, betont nochmals die Notwendigkeit zur Schaffung von passendem Wohnraum (ausschließlich Wohngebäuden) statt der Unterbringung von Menschen in Containern.

Er zeigt ebenfalls erneut auf, dass der Stadt die geleisteten Gelder zurückzuzahlen seien.

An dem Antrag, zur Ergreifung von Maßnahmen zum Schutz vor Verletzung des kommunalen Selbstverwaltungsrechts der Stadt Friedrichsthal durch weitere Zwangszuweisung von Flüchtlingen hält seine Fraktion weiter fest.

Abschließend erklärt der Vorsitzende, dass man die bereitgestellten Gelder des Investitionsplanes nicht zur Renovierung von fremdem Eigentum verwenden dürfe. Daher bittet er um Anregungen und Vorschläge, wie die bezuschussten Mittel in eigene Gebäude / städtisches Eigentum investiert werden könnten.

Dem von der Verwaltung vorgelegten Investitionsprogramm wird unter Einbeziehung der beantragten Änderung „Schaffung von Wohnraum für Flüchtlinge ausschließlich in Wohngebäuden“ zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

27 dafür

2 dagegen

1 Enthaltung

**zu 4 Doppelhaushalt der Stadt Friedrichsthal für die Jahre 2024/2025
Vorlage: VO/3134/24/2**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan für den Doppelhaushalt der Stadt Friedrichsthal für die Jahre 2024/2025.

Abstimmungsergebnis:

3 Enthaltungen

**zu 5 Antrag auf Zuweisungen nach § 11 des Gesetzes über den Saarlandpakt für das Jahr 2024
Vorlage: VO/3135/24**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, den Bewilligungsantrag für die Zuweisung nach § 11 des Gesetzes über den Saarlandpakt für das Jahr 2024 zu stellen. Die Mittel werden ausschließlich für Investitionsmaßnahmen verwendet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

**zu 6 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; hier: Einlegung von Rechtsmitteln
Vorlage: VO/3154/24/1**

Es ergeht kein Beschluss zu diesem Tagesordnungspunkt, bei der Aussprache zu TOP 3 wurde die aktuelle Sachlage bereits dargelegt.

**zu 7 Einrichtung einer E-Bike-Ladestation zur Förderung umweltfreundlicher
Mobilität
Vorlage: VO/3155/24**

Der Vorsitzende eröffnet die Aussprache.

Herr Dr. Jank, Grüne, begrüßt die Einrichtung einer E-Bike-Ladestation und schlägt als Standort den Hoferkopf vor.

Herr Schon, AFD, regt einen Standort an, an dem die Säule vor Vandalismus geschützt ist.

Da sich weiterer Klärungsbedarf ergibt, wird die Beschlussfassung zurückgestellt, es sollen zusammen mit Stromanbietern weitere Informationen zur Installation einer E-Bike-Ladestation ermittelt werden.

**zu 8 Breitbandportal ego-Saar
Vorlage: VO/3156/2**

Nach kurzer Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Der Stadtrat nimmt die Ausführungen zu der Genehmigungssoftware zur Kenntnis und stimmt der Interessensbekundung zu.

Die Verwaltung wird beauftragt, den Letter of Intent an den ego-Saar zu leiten.

Abstimmungsergebnis:

29 dafür

1 dagegen

zu 9 Mitteilungen und Anfragen (Verschiedenes)

Der Vorsitzende berichtet über die voranschreitenden Arbeiten am Dach des Hallenbades, die Dachsanierung verläuft planmäßig.

Er berichtet ebenfalls von verstärkten Kontrollen der Ortspolizeibehörde an verschiedenen Örtlichkeiten.

Dass die Zufahrt zum Güterbahnhof gesperrt ist, habe mit dem Verlegen von Gas, nicht von Fernwärme (wie man immer wieder hört) zu tun.

In diesem Zusammenhang weist Frau Plein-Erdmann auf eine fehlende Beschilderung in Höhe „Taibner“ hin.

Herr Schon, AFD, regt den Zusatz „keine Wendemöglichkeit für LKW“ an.

Der Vorsitzende sagt eine Überprüfung zu.

Auf Nachfrage von Herrn Jung, CDU, berichtet der Vorsitzende, dass es in Sachen Vereinshaus, Rechtsschutzsaal und alter Bahnhof keine Neuigkeiten zu berichten gebe.

Herr Jung erkundigt sich außerdem nach dem mobilen Bürgerbüro (Bürgerkoffer) und der Beantragung einer Förderung für Fahrradabstellungen.

Der Vorsitzende erklärt, dass die entsprechenden Anträge aufgrund krankheitsbedingter Ausfälle im zuständigen Fachbereich nicht gestellt wurden.

Herr Dittgen verdeutlicht kurz die vorgesehene Nutzung des Bürgerkoffers: Dieser sei nur im Einzelfall und nur unter bestimmten Bedingungen zum Einsatz zu bringen – dann seien eine Mitarbeiterin des Meldeamtes sowie ein Mitarbeiter des Außendienstes mit dem Besuch eines Bürgers betraut.

Frau Bock, Verwaltung, berichtet von anstehenden Gesprächen über die Laser-Technik für den Blitzer in der Spieser Straße. Hier müsse man die Ergebnisse abwarten, um eine Technik auswählen zu können, die zuverlässig ist.

Auf Nachfrage von Frau Klein, BFF, berichtet Frau Bock, dass die Warnleuchte an der Bismarckschule demnächst zu Einsatz käme, auch die Erneuerung der Straßenbemalung werde bald in Angriff genommen. Frau Bock berichtet außerdem von verstärkten Kontrollen vor Schulbeginn durch den städtischen Ordnungsdienst. Auch die mehrfach von Herrn Schon, AFD, angefragten Poller am Kreisel in Bildstock würden bei einem nächsten Ortstermin mit dem LFS angeregt.

Der Vorsitzende erklärt Herrn Jung, CDU, dass man noch immer auf Mitteilung der Entscheidung des Gemeinderates von Spiesen-Elversberg warte, wegen der Freikarten für die Grüngutsammelstelle warte.

Der öffentliche Teil der Sitzung endet um 18:30 Uhr.